

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Robert Antretter MdB plädiert für die zügige Vollendung des EG-Binnenmarktes: Historische Chance für Europa.

Seite 1

Hans-Werner Loew MdL kündigt die Prüfung der Auswirkung der Stoltenberg-Pläne auf die Kommunen im Bayerischen Landtag an: Größtes steuerpolitisches Wendei aller Zeiten.

Seite 3

Otto Reschke MdB zeigt, wie eine SPD-Gliederung im Ruhrgebiet exemplarische Fragestellungen der Partei aufarbeitet: Ein Blick auf den SPD-Unterbezirk Essen.

Seite 4

42. Jahrgang / 197

15. Oktober 1987

Historische Chance für Europa

Für die zügige Vollendung des Binnenmarktes

Von Robert Antretter MdB
Vorsitzender der Projektgruppe Binnenmarkt der SPD-Bundestagsfraktion

Daß Hans-Jochen Vogel seine erste Rede als Parteivorsitzender außerhalb der Bundesrepublik, vor der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Straßburg, gehalten hat, war eine gute Entscheidung. Sie machte deutlich, wie dringlich die Verwirklichung der Europäischen Union ist. Und sie zeigte, daß inzwischen die SPD zur eigentlichen Europapartei wurde, während sich die Parteien der Regierungskoalition in substanzlosen „Richtungstreitereien“ erschöpfen.

Wir Sozialdemokraten wollen politisch alles tun, damit die europäische Integration neuen Schwung und schnelleres Tempo gewinnt. Wir sind für die zügige Vollendung des Binnenmarktes. Auf diesem Weg müssen deshalb ärgerliche Hindernisse und Schranken beseitigt werden. Gefragt ist jetzt eine politische Führungskraft von Staatschefs, die sich in der praktischen Durchsetzung der als vernünftig akzeptierten Gemeinschaftsziele gegen die Widerstände von nationalen Bürokratien bewährt. Es darf nicht so weit kommen, daß wieder einmal durch den scharfen Gegensatz zwischen glühenden Europabekanntnissen in Feiertags- und Sonntagsreden und der realen Stagnation bei der EG-Agrar- und Finanzreform eine lähmende Europamüdigkeit sich breit macht.

Seit dem - um ein halbes Jahr verzögerten - Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte am 1. Juli 1987 muß die Orientierung, den einheitlichen Binnenmarkt bis zum 31. Dezember 1992 termingerecht zu vollenden, politisch verbindlich sein - und zwar: Nicht nur für die zwölf Regierungen, sondern auch für alle Bürgerinnen und Bürger die begriffen haben, daß die wesentlichen Strukturprobleme der Industriegesellschaften nicht mehr in nationalen Alleingängen gelöst werden können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



Deshalb leistet die Projektgruppe Binnenmarkt der SPD-Bundestagsfraktion einen eigenen aktiven Beitrag zur europäischen Integration. Nach den Vorschlägen der Kommission muß sie den Zeitplan zur Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) begleiten und den Vollzug beim Kernstück Binnenmarkt kontrollieren. Sie muß die eingetretenen Verzögerungen ebenso hartnäckig kritisieren, wie die ständigen Blockaden von wichtigen Vorlagen im Ministerrat. Sie wird die europapolitische Bremsfunktion der Bundesregierung aufdecken, weil die Öffentlichkeit wissen muß, daß diese Regierung kein Gemeinschaftskonzept hat. Die Regierung Kohl will weder der EG die notwendigen neuen Finanzmittel bereit stellen, noch will sie durch Senkung der Agrarausgaben reales Geld einsparen. Im Gegenteil: Sie tut sogar so, als könne die mit neuen Subventionen vollzogene Renationalisierung der Landwirtschaftspolitik problemlos einhergehen mit einer Exportoffensive der deutschen Industrie, die unsere Partner benachteiligt.

Offenbar kann die Bundesregierung immer noch nicht einsehen, daß jetzt die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal ihren berechtigten Preis fordert - einen Finanzausgleich, der sich jedoch schon mittelfristig für die Bundesrepublik auszahlt. Nur ein echter Ressourcentransfer versetzt die strukturschwachen Regionen Südeuropas überhaupt in die Lage, durch mehr Nachfrage Wachstum und Beschäftigung auch der besser entwickelten Gebiete zu fördern. Nur so kann auf Dauer eine stabile Solidargemeinschaft in Europa entstehen, die nicht ständig wegen eines Internen Nord-Süd-Konflikts auseinanderzureißen droht. Deshalb ist es unabdingbar, sowohl die Mittel für die Strukturfonds der EG zu verdoppeln, als auch die notwendigen Strukturhilfen für die benachteiligten Gebiete in der Bundesrepublik fortzuführen.

Grundsätzlich muß die Vollendung des Binnenmarkts als historische Chance für Europa gesehen werden. Heute schon ist die EG die größte Handelsmacht der Welt. Der Anteil der EG-Länder am Gesamtexport der Bundesrepublik beträgt 70 Prozent. Es ist vor allem im deutschen Interesse, die Möglichkeiten eines Wirtschaftsraumes ohne Binnengrenzen mit dreihundertzwanzig Millionen Menschen voll auszuschöpfen. Die ökonomischen Perspektiven wirken dann wie ein zusätzliches Konjunkturprogramm, wenn die vereinbarten politischen Rahmenbedingungen möglichst exakt eingehalten werden. Allerdings muß es rasch sichtbare Fortschritte geben, damit sich neues Vertrauen bildet und Berechenbarkeit entsteht für Zukunftsinvestitionen und Gemeinschaftsprojekte.

Eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit ist freilich, daß die Gemeinschaft endlich dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit erste Priorität einräumt. Derzeit sind siebzehn Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit. Die wachsende Jugendarbeitslosigkeit ist eine Schande. Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren beträgt um 40 Prozent. Die jungen Frauen sind im Durchschnitt zu 50 Prozent arbeitslos. Wenn man sich vor Augen hält, daß gegenwärtig in Spanien und Portugal 80 Prozent eines Jahrgangs keinen Arbeitsplatz finden, dann sind dies fast trostlose Perspektiven. Entgegen der reaktionären Ideologie über angebliche „Selbstheilungskräfte des Marktes“ kommt es daher sehr darauf an, im Prozeß der Vollendung des Binnenmarktes zugleich eine integrierte Industriepolitik für Europa, einen „internationalen Beschäftigungspakt“, zu entwickeln. Dazu muß der soziale Dialog neu belebt werden. Über mehr Mitbestimmung in multinationalen Unternehmen, über mehr Wirtschaftsdemokratie, über ein europäisches Gesellschaftsrecht, daß die Rechte der arbeitenden Menschen stärkt, muß deutlicher als bisher geredet werden.

Auch dafür setzt sich die Projektgruppe Binnenmarkt der SPD-Fraktion ein. Dazu bedarf es neuer Initiativen. Nach dem Weißbuch der Kommission gilt es, über 300 Einzelvorhaben bis 1992 in die Realität umzusetzen. 112 Vorschläge der Kommission liegen derzeit zur Beschlußfassung beim Ministerrat. Der Agrar- und Finanzministerrat hat bisher kaum Ergebnisse vorzuweisen. Entscheidende Fragen, wie die Aufhebung von Steuergrenzen, sind noch gar nicht in Angriff genommen worden. Der Problembereich wächst also weiterhin. Und die Zeit drängt.

Wenn aber am 1. Januar 1988 die deutsche Präsidentschaft in der EG beginnt, dann schlägt auch für die Bundesregierung die Stunde der Wahrheit. Sie ist jetzt zum politischen Handeln verpflichtet.

(-/15.10.1987/rs/ks)

* * *



Das größte steuerpolitische Windei aller Zeiten

Die bayerische SPD prüft die Auswirkungen der Stoltenberg-Pläne auf die Kommunen

Von Hans-Werner Loew MdL
Finanzpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die Bonner CDU/CSU/FDP-Koalition plant eine sozial einseitige und konjunkturpolitisch unwirksame Steuerreform. Den Bürgern verspricht die Rechtskoalition nicht nur das Blaue vom Himmel, sondern auch manchen „Blauen“ in der Brieftasche. Doch die Bundesregierung hat immer noch kein Konzept, wie sie dies alles finanzieren will. Wie die Stoltenberg-Pläne, die nur wenigen Spitzenverdienern sowie Millionären nutzen, den Gemeinden aber schaden, sich auf den Geldbeutel der bayerischen Bürger auswirken, will nun die SPD-Landtagsfraktion in einer jetzt eingereichten umfangreichen Interpellation von der Bayerischen Staatsregierung wissen.

Im Bayerischen Landtag muß nun also die CSU-Staatsregierung Farbe bekennen und Auskunft darüber geben, ob die Union sich vom Abbau finanzieller Vergünstigungen für bayerische Arbeitnehmer einen dicken Batzen Geld erhofft, um das größte steuerpolitische Windei aller Zeiten zu finanzieren. Die bayerische Landtags-Bühne wird somit zum Prüfstein dafür, wie die Union den massiven Angriff auf die Geldbeutel der bayerischen Arbeitnehmer verantworten will. Was nämlich die CDU/CSU dem Arbeitnehmer in die eine Tasche stecken will, das holt sie sich aus der anderen Tasche wieder heraus.

Ein Schwerpunkt der Interpellation der SPD-Landtagsfraktion ist die Finanzsituation der Kommunen. Diese wird durch die geplante Bonner Steuerreform immer enger. Denn den bayerischen Städten und Gemeinden würde durch die ungerechteste Steuerreform aller Zeiten gerade jenes Geld genommen, das diese zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit dringend bräuchten. Die Investitionskraft der Kommunen vor allem bei den dringend notwendigen Maßnahmen im Umweltbereich wird geschwächt, notwendige Aufgaben können nicht erfüllt werden. Die Neuverschuldungen der Kommunen nehmen unerträglich zu. Das alles ist Ergebnis einer kommunalfeindlichen Steuerpolitik dieser CDU/CSU/FDP-Regierung.

(-/15.10.1987/rs/ks)



Ein Blick auf den SPD-Unterbezirk Essen

Bestandsaufnahme an der Basis soll helfen, exemplarische Probleme der Partei zu lösen

Von Otto Reschke MdB
Stellvertretender Vorsitzender im SPD-Unterbezirk Essen

Sozialdemokraten müssen sich immer wieder fragen, ob sie mit ihren Aussagen, ob sie mit ihrem Handeln die Menschen wirklich erreichen, ob sie offen sind für alle, die zu ihnen kommen wollen, die mitwirken, mitbestimmen und helfen wollen.

Sie müssen sich die Frage stellen, sie müssen sich die Frage gefallen lassen: „Wählt die Partei aus ihren Reihen die Besten aus, um die Interessen der Menschen glaubwürdig und wirksam zu vertreten? Fördert sie den Nachwuchs? Ist und bleibt sie im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern? Wie lernt die Partei hinzu, wie regt sie ihre Mitglieder an und wie ihre Gesprächsfähigkeit?“ Das sind nur einige drängende Fragen.

Die Essener SPD wollte sich diese Fragen nicht nur gefallen lassen, sondern auch einen konkreten und engagierten Beitrag zu ihrer Beantwortung leisten.

Wir wollen vorschnelle und allzu einfache „Rezepte“ vermeiden. Aber wir wollen mit der nachfolgend vorgestellten Untersuchung, die von der Essener Sozialwissenschaftlerin und Genossin Dr. Elke Esser für den Unterbezirk erarbeitet wurde, einen wichtigen Prozeß einleiten.

Politische Planung, will sie nicht an den Menschen vorbeigehen, muß sich auf Daten und Fakten stützen. Nur dann lassen sich Fehlschlüsse vermeiden, nur dann Ursachen und Wirkungszusammenhänge plausibel erklären und Konfrontation in der Argumentation verhindern.

Auch wo die nachfolgende Untersuchung lediglich bestätigt, was Praktiker längst wissen, ist sie nützlich. So entsteht zusätzliche Sicherheit. Das zielgerichtete korrigierende Eingreifen, die Einleitung notwendiger und unvermeidlicher Reformen werden erleichtert.

Zu Beginn des Jahres 1987 führte der SPD-Unterbezirk Essen deshalb bei Mitgliedern und Funktionären eine Befragung durch, die statistische Daten über die Parteiorganisation, den Aktivitätsgrad und die Mobilisierungsbereitschaft von Mitgliedern in ihren Ortsvereinen, aber auch Informationen über die Gruppe der Funktionäre zum Beispiel in Bezug auf die Altersstruktur oder die Anzahl ausgeübter Funktionen und Mandate bereitstellen sollte.

Die Ergebnisse:

1. Niedriger Organisationsgrad bei Frauen

Obgleich die Gruppe der Frauen seit Jahren als Wählerinnen umworben wird, haben die bisherigen Strategien der Mobilisierung zur Mitgliedschaft bei Frauen offenkundig wenig Erfolg gehabt. Nur knapp 23 Prozent der Mitglieder der SPD sind Frauen. Dieser niedrige Frauenanteil spiegelt sich auch in der Zahl weiblicher Funktionäre wieder (23,4 Prozent).

2. Nachwuchssorgen

Obwohl circa 23 Prozent der SPD-Mitglieder in der Altersgruppe der „Jüngeren“ unter 35 Jahren sind, bereitet die Mobilisierung des eigentlichen Nachwuchses erhebliche Schwierigkeiten: insgesamt nur circa fünf Prozent der Mitglieder sind Schüler, Studenten oder Auszubildende.

3. Wie alt sind Funktionäre?

Ein Drittel aller Funktionäre ist zwischen 36 und 45 Jahre alt; weitere 28 Prozent zwischen 46 und 55 Jahre. Dabei ist jedoch als Tendenz zu erkennen: die jüngeren Funktionärsjahrgänge sind stärker mit Frauen besetzt, insbesondere auch in der Gruppe der unter 35jährigen.

4. Arbeiterpartei oder Akademikerpartei?

Bei der Betrachtung der Schulabschlüsse wird deutlich, daß nahezu die Hälfte der befragten Mitglieder den Abschluß der Hauptschule erworben hat (zum Vergleich: circa 32 Prozent der Funktionäre) und circa 20 Prozent über Fachhochschul- beziehungsweise Universitätsabschlüsse verfügen (zum Vergleich: circa 32 Prozent der Funktionäre).

5. Aktive und passive Parteiarbeit

Neben den angesprochenen strukturellen Aspekten der Mitglieder- und Funktionäregruppe haben Fragen nach dem tatsächlichen Teilnahmeverhalten an SPD-Aktivitäten und der prinzipiellen Mobilisierungsbereitschaft einen zukunftsweisenden Stellenwert. Hier ergeben sich Anlässe für das Überdenken bisheriger Organisations- und Arbeitsformen, aber auch für die Einschätzung zukünftiger Strategien der Mobilisierung von Mitgliedern. Die Frage nach der Teilnahme an Mitgliederversammlungen des Ortsvereins bestätigt in ihren Ergebnissen die Beobachtung, daß allenfalls zehn bis 15 Prozent der Mitglieder regelmäßig an Ortsvereinsveranstaltungen teilnehmen. Mehr als die Hälfte der Befragten nimmt an diesen Formen des Parteilebens nur selten oder überhaupt nicht teil.

Dieses Nicht-Engagement hat Gründe. Circa ein Drittel der befragten Mitglieder gibt zu bedenken, daß sie sich mehr in ihren Ortsvereinen engagieren würden, „wenn sie das Gefühl haben könnten, daß Arbeit im Ortsverein auch etwas bewegt.“ Hier dokumentiert sich deutlich das nicht nur auf die lokale Politikebene bezogen, sondern für den gesamten Politikbereich geltende Fehlen von Basisorientierung. Dem entspricht auch die geäußerte Einschätzung, daß Belange der Ortsvereine eher im Rahmen der Bezirksvertretungen als auf den höheren Ebenen politischer Entscheidungsgremien Beachtung finden.

Die Fragen in Bezug auf eine mögliche Mobilisierung bisher inaktiver Mitglieder beziehen sich auf zwei Bereiche. Zum einen ist erfragt worden, ob die Mitglieder ganz allgemein, ganz abstrakt der Ansicht sind, daß in bestimmten Situationen eine Mitarbeit aller Parteimitglieder wichtig wäre. Zum anderen sind Fragen nach solchen Situationen gestellt worden, in denen das betreffende Parteimitglied selbst aktiv würde.

Eine grundsätzliche Mobilisierungsbereitschaft liegt für circa 80 Prozent im Wahlkampf vor. Circa 45 Prozent glauben, daß man bei personellen Mißständen der Partei, bei Verschlechterung der sozialen Sicherung und bei der Diskussion um Grundsatzprogramme aktiv werden müsse. Nur 32 Prozent sehen in einer Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation Anlaß für zusätzliches Engagement.



Als Bedingungen für eigene Aktivitäten werden Wahlkampf und mehr verfügbare Zeit genannt (je circa 45 Prozent), wenn der Nutzen von Parteiarbeit höher wäre (33 Prozent), wenn mehr persönliche Kontakte zu anderen Parteimitgliedern bestünden (26 Prozent), wenn Interessante Themen behandelt würden (22 Prozent) oder wenn eine andere Politik geübt würde (16 Prozent).

Die Ergebnisse dieser Studie liegen jetzt seit einiger Zeit vor und werden in den Ortsvereinen des SPD-Unterbezirks intensiv diskutiert; nicht zuletzt deshalb, weil ein zukünftiger Parteitag sich mit der strukturellen Situation der SPD in Essen auseinandersetzen wird. Darüber hinaus kann diese Studie jedoch auch Grundlage für eine Verbesserung der Parteiarbeit nach innen und außen sein, denn die SPD verliert ohne Zustimmung der Menschen ihren politischen Zweck.

Gerade Sozialdemokraten, die sich für die „kleinen Leute“ einsetzen, brauchen Zustimmung und Zuwendung der Menschen. Das ist ihr Selbstverständnis. Die SPD versteht sich als Organisation, die sich die arbeitenden Menschen, deren Angehörige und die, die Arbeit suchen, weil sie sie brauchen, selbst geschaffen haben. Auf ihrem Weg zur Volkspartei organisierte die SPD auch die, die aufgrund ihrer objektiven Lage zwar nicht mit Arbeitern vergleichbar sind, die sich aber mit den Zielen der Sozialdemokratie identifizieren.

Gegen die Macht des großen Geldes können wir nur das Wirken der sozialdemokratischen Basis setzen, der vielen engagierten, überzeugten und informierten Mitglieder und Sympathisanten. Das Gespräch am Arbeitsplatz, in der Kneipe, mit Freunden, in der Familie und mit Fragenden ist unser wichtigstes Überzeugungsinstrument. Wir brauchen auch die Rückmeldung, um aus diesen vielen Gesprächen mit den vielen Eindrücken, um unsere Position ständig zu überprüfen.

Der Erfolg sozialdemokratischer Politik, auch in Essen, wird in der Zukunft, wie in der Vergangenheit, von der Einsatzbereitschaft der Mitglieder, dem Grad ihrer eigenen Identifikation mit unserer Politik und Kraft der sozialdemokratischen Organisation abhängen. Wie schon Johannes Rau gesagt hat: „Die Zukunft der Sozialdemokratie hängt davon ab, ob Ihre Organisation in der Lage ist, politische Ideale ihrer Wähler in der politischen Praxis durchzusetzen.“

(-/15.10.1987/vo-he/rs)

* * *

